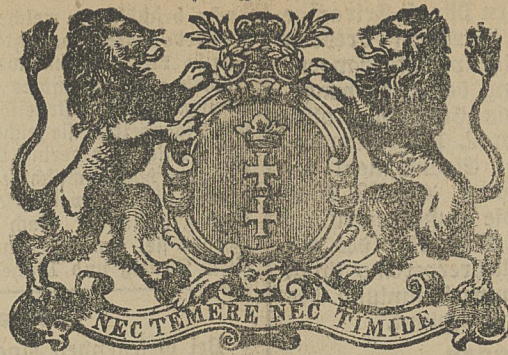


Danziger



Zeitung.

№ 17072.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gelappten gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Die Verjährung im deutschen bürgerlichen Gesetzbuch.

Unter Verjährung kann man dem Wortsinne nach verstehen jede Veränderung, welche in Rechten und Rechtsverhältnissen durch Zeitablauf — sei es durch solchen allein oder unter Zutritt bestimmter tatsächlicher Voraussetzungen — hervorgerufen wird. Diese Veränderung kann an sich ebensowohl in dem Erwerb eines vorher nicht vorhandenen als in dem Verlust eines bestehenden Rechtes bestehen. So definiert in der That das preussische Landrecht den Begriff der Verjährung. Dem Worte zuliebe werden die verschiedenartigsten Dinge zusammengeworfen; man konstruiert einen allgemeinen Rechtsbegriff, der nicht die mindeste praktische Bedeutung hat, theilt dann ein in „Verjährung durch Nichtgebrauch“ und „Verjährung durch Besitz“, sucht mit großem Scharfsinn nach gemeinsamen Gesichtspunkten, die — wenn überhaupt vorhanden — rein äußerlicher Natur sind, und hat es so glücklich erreicht, eine an sich herzlich einfache Sache in den Ruf einer der schwereren Rechtsmaterien zu bringen. Welche Confusion durch solche unzeitigen Verallgemeinerungen angerichtet werden kann, wird am besten dadurch charakterisiert, daß die Vorschriften über den Verlust von Rechten durch Nichtausübung auf diesem Wege in denjenigen Titel des Landrechts gerathen sind, welcher die Ueberschrift führt: von der Erwerbung des Eigentums. Mit diesem System bricht nun das neue Gesetzbuch vollständig; es löst die unnatürliche Verbindung und vernichtet zugleich die Terminologie, welche den alleinigen Anlaß zu derselben gab. Wir finden nunmehr die Erstzählung unter den Erwerbsarten des Eigentums, die Anspruchsverjährung hingegen, davon ganz getrennt, im allgemeinen Theil behandelt.

Der Entwurf geht von dem Grundsatz aus, daß der Regel nach jeder Anspruch durch andauernden Nichtgebrauch erlischt, mit Ausnahme gewisser familienrechtlicher und der durch Eintragung gesicherter dinglichen Ansprüche. Dieser Grundsatz entspricht einer unabweisbaren Forderung des Rechtsverkehrs. Man kann im Interesse der Rechtssicherheit streitige Rechtsverhältnisse nicht auf unbegrenzte Zeit unentschieden lassen, und man kann aus praktischen Gründen den Schuldner nicht verpflichten, die Beweismittel für die Tilgung der Schuld für ewige Zeiten aufzubewahren. Um nun aber diese Forderung zu befriedigen, gab es verschiedene Wege. Das neue Gesetzbuch wählt den radikalsten derselben — und das ist wiederum ein bedeutender Unterschied dem preussischen Landrecht gegenüber —: der Ablauf der Verjährungsfrist begründet nicht etwa nur eine Vermuthung der Tilgung, die durch einen, wenn auch eingeschränkten Gegenbeweis widerlegt werden könnte, sondern sie hebt den Anspruch selbst auf. Die Einrede der Verjährung ist eine peremptorische, den Anspruch völlig beseitigende; nicht nur die Klage, die Geltendmachung des Rechts erlischt durch die Verjährung, sondern dieses selbst wird aufgehoben. Nur zwei Abweichungen von diesem strengen Princip werden zugelassen, die beide in gleichem Maße dem Verkehrsbefürworter als dem allgemeinen Rechtsbedürfnis Rechnung tragen: einerseits soll der Gläubiger berechtigt sein, trotz eingetretener Verjährung sich aus einem ihm für seine Forderung bestellten Pfande befriedigen zu machen, und andererseits darf der Schuldner das, was er einmal bezahlt hat, nicht zurückfordern, weil die Schuld bereits verjährt war. Der Lauf der Verjährung

beginnt regelmäßig mit der Fälligkeit des Anspruchs, also mit dem Zeitpunkt, zu welchem derselbe geltend gemacht werden konnte. Ist die Geltendmachung von einer vorherigen Ründigung abhängig, so läuft die Verjährung von demjenigen Zeitpunkt — bezw. vom Ablauf der vereinbarten Ründigungsfrist seit demjenigen Zeitpunkt —, zu welchem das Ründigungsrecht ausgeübt werden konnte. Nur bei den kurzen Verjährungsfristen wird nicht von Tag zu Tage, sondern von Jahr zu Jahr dergestalt gerechnet, daß — wie das auch gegenwärtig bei uns Rechtens ist — die Verjährung mit Ablauf desjenigen Kalender-Jahres beginnt, während dessen die Fälligkeit eingetreten ist.

Da die Wirkung der Verjährung auf der Voraussetzung beruht, daß ein Recht, welches während einer bestimmten Zeit nicht ausgeübt worden ist, überhaupt nicht mehr bestehe, so kann dieselbe dann nicht Platz greifen, wenn das Vorhandensein dieser Voraussetzung durch die Umstände ausgeschlossen ist. Das aber trifft in zwei Fällen zu: einmal, wenn der Berechtigte an der Rechtsverfolgung seines Anspruchs durch ein rechtliches Hinderniß (z. B. Moratorium, Bestehen einer materiell-rechtlichen Einrede) oder durch einen Stillstand der Rechtspflege gehindert war; sodann, wenn derselbe durch einen Rechtsakt seine Absicht, den Anspruch zu verfolgen, kundgibt. Im ersteren Falle kann aus der Nichtverfolgung des Anspruchs, die von dem Willen des Berechtigten unabhängig war, füglich keine Folgerung zu dessen Nachtheil abgeleitet werden; das Gesetz spricht hier von einer „Hemmung“ der Verjährung. So lange der Grund einer solchen andauert, kann die Verjährung weder beginnen noch weitergehen; der betreffende Zeitraum wird, mag er nun zu Anfang oder inmitten der Verjährungsfrist liegen, in dieselbe nicht mit eingerechnet, und nach Beseitigung des Hindernisses läuft die alte Verjährung weiter. Wesentlich davon verschieden nach tatsächlichen Voraussetzungen und rechtlichen Folgen ist die „Unterbrechung“ der Verjährung. Sie tritt ein durch einen Akt der Rechtsverfolgung seitens des Berechtigten (Klage, Extrahierung eines Zahlungsbefehls, Streitverkündung, Anmeldung im Concurse, Vollstreckungshandlung) oder durch einen Akt des Verpflichteten, welcher die Rechtsverfolgung überflüssig macht (ausdrückliche Anerkennung oder mittelbare Anerkennung durch Zinszahlung, Pfand- oder Bürgschaftsbefestigung oder Leistung einer Abschlagszahlung). Die Unterbrechung stellt zunächst außer Zweifel, daß der Anspruch noch besteht, oder wenigstens daß der Gläubiger denselben geltend zu machen beabsichtigt. Es ist also in diesem Falle ausgeschlossen, aus dem bisherigen Nichtgebrauch eine Folgerung auf das Nichtbestehen der Forderung zu ziehen. Die unterbrochene Verjährung kann daher überhaupt nicht fortgesetzt, sondern es kann nur eine neue Verjährung mit selbständiger Fristberechnung begonnen werden.

Was endlich die Verjährungsfrist betrifft, so hält der Entwurf zwar formell an der Regel der 30jährigen Verjährung fest, führt jedoch thatsächlich für den Verkehr des täglichen Lebens die zweijährige Frist ein, indem er die sämtlichen in dem preussischen Gesetz vom 31. März 1838 aufgeführten Kategorien von Ansprüchen, die in dieser kurzen Frist verjähren sollen, übernimmt, diese Liste noch erweitert und vervollständigt; in vier Jahren verjähren, wie bisher, alle Ansprüche auf regelmäßig wiederkehrende Leistungen (Miethe und Pacht, Renten, vertragmäßige Zinsen etc.).

warf sie der Priester, eingedenk des erzbischöflichen Verbots, vom Altar hinab, allein die Bevollmächtigten hoben sie auf und legten sie nochmals auf den Altar, wo er sie diesmal liegen ließ, um Aufsehen zu vermeiden.

Im Namen des Prinzen wurde eine neue „in castris ad Casale“ unterzeichnete Erklärung durch Flaminio Balbiano an den Erzbischof überbracht und an den Papst abgesandt, auch dem Herzog meldete die Marchesa Balbiano diesen neuesten Schritt; er erwiderte, obwohl er die Ehe thatsächlich erlösen und die Gräfin ins Kloster sperren wollte, er müsse bis zur Entscheidung der geistlichen Behörden sein Urtheil zurückhalten — die Entscheidung war schon gefällt, nicht von Menschen. Der Prinz erkrankte in seinem Quartier S. Germano, einer städtisch dicht vor Casale gelegenen Ortschaft, und starb nach schwerem Leiden am 23. Juli. Die ungewohnte Hitze des italienischen Hochsommers, die Anstrengung bei der Belagerung — sie schreibt einmal, sie habe keine Ruhe mehr, seit sie erfahrene, er sehe sich allen Gefahren und Anstrengungen aus und verlasse fast nie die Tranchen — machen ein Fieber mit tödlichem Ausgang glaublich genug; waren doch nach Hoffmanns Bericht 16 Personen des Hofstaates erkrankt. Und wie mußten die Gemüthserschütterungen die Krankheit verschlimmern: die unter heftigem Streit, ja Handgemeine geschlossene Ehe, nach wenig Tagen die ebenso gewaltsame Trennung, das Bemühtsein, durch diesen raschen Schritt den seinem Herrscher und Familienhaupte schuldigen Gehorsam verleiht zu haben, die Furcht vor diesem 15 Jahre älteren Stiefbruder, die Vorwürfe seiner harten vaterländischen Umgebung, welche offenbar den jungen Prinzen beherrschte, obwohl er dem Namen nach ihr Befehlshaber war, ohne Freunde und Führer im fremden Lande, daher genöthigt, sich blind von der Gräfin leiten zu lassen, eifrig evangelisch und doch gewungen, sich für seine Ehe beim Papste zu suchen — so viel einfließenden Sorgen mußte der 22jährige erliegen.

Für einzelne Forderungen, bei welchen bisher die vierjährige Frist Platz griff, wird dieselbe nunmehr auf zwei Jahre herabgesetzt; es gehören dahin namentlich die Forderungen der Rechtsanwältin und Notare, der Aerzte und Medizinalpersonen sowie die Forderungen an Lohn und Lehrgeld. Von einer Uebernahme der Bestimmungen des Gesetzes vom 1840 über die Abgabenverjährung ist natürlich Abstand genommen, da dieselben dem Gebiete des öffentlichen Rechts angehören. Während nach bisher bei uns geltendem Recht eine Abänderung der gesetzlichen Fristen sowie ein vollständiger Verzicht auf die Einrede der Verjährung unbeschränkt, wenn auch unter erschwerten Formen, zulässig war, gestattet das neue Gesetz nur eine Abkürzung der festgesetzten Fristen durch Uebereinkommen der Parteien, dagegen so wenig eine Verlängerung derselben als die gänzliche Ausschließung der Verjährung.

Deutschland.

Die Stichwahl in Altana-Ferlohn

hat zu einem glänzenden Siege des freisinnigen Candidaten Langerhans geführt. Derselbe ist, wie uns ein Telegramm meldet, mit rund 14 000 Stimmen gewählt worden; der gegenwärtige Cartellcandidat Herbers erhielt nur 9800 Stimmen. Einige kleine unbedeutende Bezirke fehlen noch.

Bei der Wahl am 29. April waren auf Herbers 8795, auf Langerhans 8674, auf Schorlemer (Centr.) 1852 und auf den Socialisten Meist 2400 Stimmen gefallen. Nun hat zwar die Centrumpartei in der Stichwahl für den Freisinnigen gestimmt; aber die Socialdemokraten hatten entschieden Wahlenthaltung proclamirt. Selbst der Abgeordnete Bebel hatte in einem besonderen Schreiben vom 3. Mai die Vertrauensleute der socialistischen Partei in Altana-Ferlohn zur Stimmenthaltung aufgefordert, indem er auf den in St. Gallen einstimmig angenommenen Beschluß hinwies:

„Im Falle von engeren Wahlen empfiehlt der Parteitag, gestützt auf die bisher gemachten Erfahrungen, Stimmenthaltung.“

Dieselbe Aufforderung wie Herr Bebel hatte auch der socialistische Candidat aus dem ersten Wahlzuge, Herr Meist, an die Vertrauensleute gerichtet, und somit kann von einem Eintreten der Socialisten für Langerhans nicht die Rede sein. Die Freisinnigen haben daher, wenn man von den 14 000 die 1850 Centrumsstimmen abzieht, allein circa 12 150, also 3 1/2 Tausend Stimmen mehr aufgebracht als im ersten Wahlgange und erheblich mehr als der Cartellcandidat bei der entscheidenden Wahl. Somit ist die Thatsache des ausschließlichen durch eigene Kraft erfochtenen Sieges der Freisinnigen nicht hinwegzuleugnen, so sehr sich auch die geschlagenen Cartellgenossen bemühen werden, dies zu thun.

Seit dem 21. Februar sind nun die Cartellparteien zum vierten Male von den Freisinnigen entscheidend geschlagen worden und haben abermals einen erheblichen Theil ihres damaligen, durch die Kriegsanstöße zusammengekehrten Bestandes eingebüßt. Ein weiteres Mene-Tekel für das in seinen Fugen krachende Cartell; ein weiteres Zeichen der rüstigen Kraft der von ihren Gegnern schon so manchemal todt, gänzlich todt gefagten Freisinnigen!

* Berlin, 16. Mai. Der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins hat nach der „Post“ in seiner am Montag unter dem Vorsitze der Kaiserin-Mutter Augusta abgehaltenen Sitzung folgende Vertheilungen aus den ihm zu Gebote

stehenden Fonds für die Ueberschwemmten beschossen: an den Provinzialverband in Ostpreußen 20 000 Mark, nach Westpreußen 40 000 Mark, nach Brandenburg 20 000 Mark, nach Posen 40 000 Mark, nach Hannover 20 000 Mark. Eine Summe wird reservirt für die später noch heran tretenden Bedürfnisse und Ansprüche. Es sind dabei speciell die Forderungen ins Auge gefaßt, die etwa in sanitätlicher Beziehung noch an den Verein herangetragen werden. Es sind bereits seitens des Ministers der geistlichen Angelegenheiten in diesen Gesichtspunkten gewisse Directiven gegeben, die sich namentlich auf Barackenbau, Desinfections-Arrangements u. s. w. beziehen. Die Möglichkeit des Auftretens von Epidemien und die Mittel zur Abwehr derselben sind bereits ins Auge gefaßt.

Berlin, 15. Mai. Von der deutsch-französischen Grenze sind in letzter Zeit vielfach Klagen darüber eingegangen, daß deutsche Reisende, die sich nach Frankreich begeben wollen, seitens der französischen Beamten allerhand Unbequemlichkeiten und Chicanen ausgesetzt sind. Die Angelegenheit hat hier, wie man dem „Hamb. Corr.“ meldet, größere Aufmerksamkeit gefunden, als man vielleicht in Paris annimmt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie in den nächsten Tagen bereits zu Gegenmaßregeln Veranlassung geben wird.

* [Prinz Heinrichs Hochzeit.] Die Trauung bei der am 24. d. Mts. stattfindenden Vermählung des Prinzen Heinrich mit der Prinzessin Irene von Hessen wird der „N. Pr. Zig.“ zufolge durch den Oberhofprediger Rögel in der Schloßkapelle zu Charlottenburg erfolgen.

* [Königin Natalie von Serbien] wird sich im Laufe dieser Woche in ein deutsches Bad, wahrscheinlich Baden-Baden oder Wiesbaden, zu mehrwöchentlichem Kurgebrauche begeben, bis zu dessen Beendigung die beabsichtigte Reise der Königin nach Belgrad einen Aufschub erfährt.

* [Die Thronfolgefrage in Lippe.] Ende dieses Monats wird der Landtag des Fürstenthums Lippe zusammentreten. Wie verlautet, steht zu erwarten, daß demselben eine Vorlage über die Thronfolgefrage zugehen wird. Fürst Moidebar, der den Wunsch hat, die Erbfolgefrage schon bei Lebzeiten gesetzlich geordnet zu sehen, hatte bereits vor drei Jahren das Cabinetsministerium beauftragt, unter Zugrundelegung der fürstlichen Hausordnungs-Akten und nach Eingang von Gutachten anerkannt tüchtiger Rechtslehrer einen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Der regierende Fürst hat bekanntlich keine directen Leibeserben, während sein jüngerer Bruder, der Erbprinz Alexander, sich seit Jahren unter Vormundschaft befindet, also dessen Succession sehr zweifelhaft ist und den Hausgesetzen gemäß nach dem vollständigen Erlöschen der fürstlichen Familie die beiden sogenannten erblich-lippechen Linien, die gräflichen Nebenlinien des fürstlich lippechen Hauses, Lippe-Biesterfeld und Lippe-Weiskopf, in Betracht kommen. Der auf Gut Neudorf bei Bentfchen in der Provinz Posen wohnhafte Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld, welcher der Chef der beiden gräflichen Nebenlinien zu sein glaubt, hält sich zunächst für erbfolgeberechtigt. Der Präsident hatte vor ungefähr drei Jahren die Hilfe des Bundesraths angerufen, dieser lehnte es aber ab, die Petition in Erwägung zu ziehen. Augenblicklich finden unter den Mitgliedern der Biesterfeld'schen Linie Beratungen über die Thronfolgefrage statt.

Was die Stellung der Bevölkerung von Lippe in der Frage anbelangt, so hat die Mehrzahl der Lipper keine besondere Neigung, die Bekannt-

anderes Mal, er sei vor dem Tode katholisch geworden, zwei Mailänder Aerzte, welche nach S. Germano an sein Krankenlager berufen wären, hätten es ausgefagt. Allein dies ist sicher unwar, denn wenige Wochen vorher hatte sie ihm ja geschrieben, sie wisse, wie fest er an seiner Religion hänge. Nach dem Tode des Prinzen schrieb sie an den Kurfürsten: „Mein Unglück übersteigt alle Vorstellung. Nachdem ich mir den Jörn Curer kurfürstlichen Hoheit zugezogen habe, verliere ich meinen Herrn, den Prinzen. Nach diesem Schlage giebt es nichts meinem traurigen Loos zuzufügen, um es auf der ganzen Erde des Mittels würdig zu machen. Meine Verzweiflung nimmt mir fast die Hoffnung das Eulige zu haben, aber doch steht Eure kurfürstliche Hoheit in meiner Vorstellung als der edelmüthige, gerechte und menschenfreundliche Monarch. Diese Vorstellung giebt mir die Rührung, mich Euch zu Füßen zu werfen und Euch zu bitten, Euer Mitgefühl nicht abzuwenden von einer Frau, die der Gegenstand der heißesten Liebe des Markgrafen Carl war, und die Tugenden genug besessen hat, seine Achtung zu erwerben bis — werde ich es zu sagen wagen ohne Euch zu reizen — bis er sie zu seiner Gemahlin machte“ u. s. w. Unterschriften Caterine Balbiano Margrave de Brandenburg.

Die hier angebotene Bitte um Unterstützung begründete sie in einem gleichzeitigen Briefe an den Minister Danckelmann durch die Nachricht, sie sei guter Hoffnung. Hier schrieb sie freilich eine Unwahrheit, wie die Folge zeigte, und obenein hatte sie vergessen, was sie selbst wenige Wochen vorher dem Prinzen über Vereitelung ihrer Mutterhoffnungen gemeldet hatte. Seitdem war sie getrennt von ihm gewesen. Sie dachte wohl nicht, daß der Prinz ihre Briefe so treu bewahrt haben würde, und daß sie nun in die Hände ihrer Berliner Gegner gefallen seien. Der Widerspruch zwischen diesen beiden Angaben kam sichtlich erwünscht und wurde sogleich aufs leidenschaftlichste hervorgekehrt, um die geschäftlichen Voraussetzungen darauf zu begründen. Auch dem Herzog von Savoyen wurden sie von Berlin aus mitge-

Liebestragödie eines Hohenzollernprinzen.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Der Hauptgegenstand des Briefwechsels der Gräfin mit dem Prinzen bleibt die Gültigkeit der Ehe, die Berufung vom Erzbischof an den Papst. Gleich am 2. Tage nach der Eheschließung, am 31. Mai, hatte der Prinz eine Eingabe an den Papst abgesandt und am 10. Juni ging eine zweite ab, ohne Zweifel beide von Rathgebern der Gräfin verfaßt, andere Eingaben folgten. In ihren Briefen forderte sie ihn wiederholt auf, Schriftstücke, welche sie ihm sendete, zu unterzeichnen und ihr eine Anzahl leerer Bogen mit seiner Unterschrift, auch sein Siegel zu schicken. Und sie wiederholte mehrmals die Versicherung, daß in allen Briefen nach Rom nichts wider seine Religion gesagt sei, auf welche er so viel halte. Auch um Gold und Edelsteine zum Verkauf bittet sie wiederholt, sie habe bereits 400 Pistolen verwendet, um die Kosten in Rom zu bestreiten, ihre Eltern dürften sie nicht unterstützen.

Sie ließ es nicht bei Briefen nach Rom bewenden, sondern that wirksamere Schritte. Weil der Erzbischof als einen formellen Grund gegen die Gültigkeit der Ehe hervorgehoben hatte, der Pfarrer von La Venaria sei nicht ihr Parochus, so wurde die Ehe nochmals geschlossen. Beide Theile stellten Vollmachten aus, die des Prinzen in lateinischer Sprache beauftragte den Turiner Advokaten Meles, die Ehe in seinem Namen nochmals zu schließen. Für die Gräfin trat die Marchesa Martha Maria Balbiano, wahrscheinlich ihre Mutter, ein. Diese beiden Bevollmächtigten begaben sich am 29. Juni in die Pfarrkirche der Gräfin, S. Giovanni in Turin, von zwei Zeugen begleitet, und in dem richtigen Moment, als der messelende Priester sich mit den Worten orate fratres zur Gemeinde wandte, traten sie vor und sagten: Wir erklären hier an Stelle unserer Nachgeber, daß diese sich vermählen; zugleich legten sie ihre Vollmachten auf den Altar. Zwar

schafft der beiden erbherrlichen Linien, die ihre Fühlung mit dem Heimathlande verloren haben, zu machen, weil beide Linien wenig begütert sind und im Falle der Succession der einen oder anderen die alten Unzulänglichkeiten in der Domänenfrage voraussichtlich nicht beseitigt werden würden. Man wünscht daher, daß der Fürst von Lippe-Schaumburg zur Erbfolge berufen werde, welcher wegen seines bedeutenden Reichthums in der Lage wäre, einen zufriedenstellenden Ausgleich in der Domänenfrage herbeizuführen.

* [Zur Elbing-Marienburg Wahl-Affäre] bemerkt selbst die nationalliberale „Magb. Zig.“ sehr unzufrieden: „Es hat also geschehen können, daß die Rechte zweier Mandate ausgeübt worden sind von Personen, die nach dem fast einstimmigen Urtheil der Wahlprüfungscommission (das einzige Mitglied, welches anders stimmte, that dies nicht, weil es die Wahl für gesetzmäßig angesehen hätte, sondern weil es nicht nur 57, sondern sämtliche Wahlmännerwahlen castiren wollte. D. R.) dazu keinerlei Anrecht besaßen, ohne daß durch Beschluß des Hauses das Votum der Commission bestätigt worden wäre. Man könnte einwenden, daß ein solcher Beschluß am Ende der Legislaturperiode nur eine formale Bedeutung gehabt haben würde. Das mag richtig sein, aber eine solche Erwägung hätte doch nicht abhalten sollen, ihn zu fassen. Wir können uns aus der parlamentarischen Geschichte keines Falles erinnern, wo in ähnlicher Weise wie hier zwei Mandate während der vollen Dauer einer Legislaturperiode geführt sind von Personen, die zur Führung derselben garnicht berechtigt waren. Der Vorfall legt die Frage einer Reform der jetzigen Methode der Wahlprüfungen, die das Abgeordnetenhaus und auch den Reichstag wiederholt beschäftigt hat, ernstlich nahe. (Hier lag der retardirende Factor wohl weniger im System, als im guten Willen der Conservativen. D. Red.) Zu wünschen wäre das vor allem im Interesse des Hauses, dem doch daran liegen muß, daß an seinen Verhandlungen und Beschläüssen sich nicht Personen betheiligen, die, wie sich nachträglich ergiebt, garnicht zur Theilnahme berechtigt waren.“

* [Eine Massenpetition um gesetzliche Einführung der obligatorischen Erziehungsschule] für ganz Deutschland ist, wie dem „B.-Courier“ geschrieben wird, von Herrn Oberbürgermeister Ruick in Gera in Anregung gebracht worden. Man will eine Petition zu Stande bringen, die möglichst von allen Gemeindeverwaltungen unterschrieben sein soll.

* [Schloß Erdmannsdorf], in welchem Prinz Heinrich von Preußen nach seiner bevorstehenden Vermählung mit der Prinzessin Irene einen Theil des Sommers verleben wird, ist im Kreise Girsberg gelegen und von einem herrlichen Parke umgeben. Unmittelbar vor demselben breitet sich das freundliche Dörfchen aus, welches etwa 1000 Einwohner hat. Ueber die hübschen Dorfhäuser erhebt sich eine nach Schinkels Plan erbaute Kirche, ein Johanner-Ankenhaus und das weißkuppige Gebäude der bekannten Flachspinnerei, deren Bleichen an dem Ufer der Comitz liegen. Das Schloß gehörte einst dem berühmten Gelehrten und wurde 1833 durch Friedrich Wilhelm III. erworben. Derselbe vererbte es an seine zweite Gemahlin, die Fürstin Cleopatra. Friedrich Wilhelm IV., dem sein „Stiefmütterchen“ das Schloß überließ, machte es 1840 zum Kronort des königlichen Hofes. In letzter Zeit wurde es zuweilen vom Prinzen Albrecht und dessen Familie wegen der prachtvollen, idyllischen Lage aufgesucht. Nun ist es hergerichtet, um für kurze Zeit dem „ersten Weltumsegler aus dem Hohenzollernstamm“ und seiner Gemahlin zum glücklichen Aufenthalt zu dienen.

* [Eisenbahn-Anlagekapital.] Das Anlagekapital der in Betrieb befindlichen Eisenbahnen berechnete sich Ende 1886 in Europa . . . auf 59970 691 999 Mk. in den übrigen Erdtheilen . . . 48855 606 528 „ im ganzen . . . 108806 298 527 Mk.

P. A. Dresden, 15. Mai. [Der 1. deutsche Privatschullehrertag.] Die Vorsteher, Vorsteherinnen, Lehrer und Lehrerinnen deutscher Privatschulen werden am 21., 22. und 23. Mai d. J. in Dresden zusammentreten, um über eine Anzahl von Fragen sich schlüssig zu machen, welche für die Zukunft als Lebensfragen der deutschen Privatschule und deren Lehrkräfte betrachtet werden müssen. Anmeldungen sind zu richten an B. Bauriegel, Dresden, Alaunstraße 2, von dem auch die Festkarten gegen Einsendung von 1.50 Mk. zu beziehen sind. — Die zugesagte Betheiligung ist nach den bisherigen Anmeldungen

thelt; obwohl er ihr sonst günstig gesinnt war und dies, soweit es die Politik erlaubte, auch zeigte, sprach er sich unliebsam genug darüber aus. Und Hacheborn, welcher früher bei aller Abneigung gegen die Heirath, die ihm so viel Verdruß und gewiß auch die Unzufriedenheit des Aurfürsten zugezogen hatte, doch immer mit Achtung von der Gräfin gesprochen, stimmte nun in einem zusammenfassenden Berichte über die ganze Angelegenheit, welchen er zu Berlin im September schrieb, in diesen gehässigen Ton ein: sie habe den Prinzen in ihre Netze gelockt, ja er sagt gerade heraus, sie sei seine Maitresse gewesen. Man durchschaute aber leicht, daß er unter Berliner Einflüssen schrieb, seine letzte Behauptung wird durch die Ehegeschichte von seitens des Prinzen widerlegt. Er wurde darauf nochmals nach Turin geschickt, um vom Herzog die Fortdauer der Einsperung der Gräfin zu verlangen, damit nicht etwa ein Kind untergeschoben werde, und diese Forderung wurde von der gewohnten Drohung begleitet, sonst würden die Truppen unvorzüglich zurückberufen werden.

Der Tod des Prinzen lähmte nicht die Bemühungen der Gräfin, die Rechtsgültigkeit der Ehe zu beweisen, im Gegentheil scheint sie nun, da er sie nicht mehr unterstützen konnte, um so eifriger für ihre Frauenehre gekämpft zu haben. Alle Anerbietungen von Berlin, auf ihre Ansprüche zu verzichten, lehnte sie ab. Der Aurfürst bot ihr unter der Bedingung, daß sie den Titel und das Recht einer legitimen Gemahlin renoncire, daß sie nicht guter Hoffnung sei und daß sie die Blaquefies (die vom Prinzen im voraus unterschriebenen weißen Bogen) und die etwa darauf geschriebenen donationes extradiere, eine Pension von 2000 Thalern, obwohl sie es nicht verdiene. Sie lehnte es ab und unterzeichnete sich immer wieder Markgräfin von Brandenburg. Im Dezember fand endlich die vom Papste befohlene Untersuchung über die Gültigkeit der Ehe statt; die Zeugen bei den Heirathserklärungen wurden vom päpstlichen Nuntius vorgelesen; er berichtete in günstigem Sinne nach Rom. Doch der Herzog von Savoyen gab nicht nach. Der Krieg dauerte fort, die 4 brandenburgischen Bataillone, nach

eine recht erfreuliche. Die billigen Pfingst-Extrazüge erleichtern den Besuch des herrlichen Dresden und seiner jetzt in voller Blütenpracht prangenden Umgebung. Die Begrüßung der Erschienenen, Bildung des Bureaus und die Erledigung aller Vorfragen erledigte die auf den 2. Pfingstfeiertag, Abends 8 Uhr, in Sibbigs Stabkirche zum gemeinsamen Vorversammlung. Am 22. Mai, Vormittags 1/28 Uhr, nimmt die außerordentliche Generalversammlung für die Mitglieder des allgemeinen deutschen Privatschullehrervereins ihren Anfang, während die Hauptversammlung des Lehrertages Vormittags 11 Uhr beginnt.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 15. Mai. Der Kaiser empfing Vormittags den König von Serbien in der Hofburg und stattete Nachmittags demselben einen Gegenbesuch ab. Die Königin von Serbien begiebt sich morgen nach Wiesbaden. — Prinz Alexander von Hessen ist Nachmittags nach Darmstadt zurückgereist. (W. L.)

England.
London, 15. Mai. [Unterhaus.] Der erste Lord des Schatzes, Smith, beantragte eine Resolution, nach welcher die Regierung zu einer Emission von 3 1/2 Millionen Pfund Sterling dreiprocentiger Annuitäten für die australische Flotte und für die Vertheidigung gewisser Häfen ermächtigt werden soll.

Das Oberhaus erledigte die Regierungsbill betreffend die Registrierung der Wähler für die neu zu errichtenden Grafschaftsräthe. (W. L.)
London, 16. Mai. Das Unterhaus hat den die australische Flotte betreffenden Theil der von Smith beantragten Resolution mit 92 gegen 48 Stimmen angenommen und die Berathung über den zweiten Theil der Resolution betreffend die Vertheidigung der Häfen und Kohlenstationen vertagt. Bei der Berathung der Resolution erklärte Smith, die Regierung beabsichtige, die Häfen im Canal, sowie Malta und Gibraltar in den Zustand vollständiger Sicherheit zu setzen. Der Staatssecretär des Krieges, Stanhope, zeigte an, die Regierung werde neben der bereits angekündigten Enquete durch eine Commission noch eine weitere erschöpfende Enquete über die Bedürfnisse für die Vertheidigung des Landes veranstalten, deren Verhandlungen Lord Salisbury selber leiten werde. Wenn nöthig, werde ein Nachtragscredit für die Beschaffung von Geschützen gefordert werden. (W. L.)

Italien.
Rom, 15. Mai. [Deputirtenkammer.] Nach zweitägiger Debatte über das Finanzbudget theilte der Ministerpräsident Crispi heute mit, er müsse aus der Finanzfrage eine Cabinetsfrage machen. Auch der Finanzminister Magliani erklärte, daß er in Folge der Abstimmung über die lokalen Steuern kein persönliches Vertrauensvotum verlangen könne. Die Kammer lehnte hierauf durch Erheben von den Sitzen eine von Mussi (äußerste Linke) beantragte Tagesordnung ab, welche sich mißbilligend über die Grundsätze der Finanzpolitik des Cabinets ausspricht, und genehmigte in namentlicher Abstimmung mit 210 gegen 29 Stimmen einen Antrag des Giudice's, in welchem dem Vertrauen zu der Finanzpolitik der Regierung Ausdruck gegeben wird. (W. L.)

Spezia, 15. Mai. Das aus mehreren Panzerschiffen, Torpedo-Booten und Torpedo-Kreuzern bestehende italienische Geschwader ist heute nach Barcelona abgegangen. An Bord des „Desfio“ befindet sich der Herzog von Genua, welcher Italien bei der Eröffnung der Ausstellung officiell vertritt.

Bulgarien.
* Ueber London wird der „Areny-Zig.“ gemeldet: Die Gebirgskette an der bulgarisch-rumelischen Grenze ist von bewaffneten Insurgenten besetzt. Manche Ueberfälle von türkisch gesinnten Dörfern haben stattgefunden. Banden haben in der Nähe von Nisch und Pirot sich gezeigt. In Borna ist ein mit Waffen beladenes Schiff angelangt.

Marocco.
ac. Tanger, 14. Mai. (Telegr. des Bureau Reuters.) Die Meldung, daß der Gouverneur von Mequinez in einem Treffen mit den rebellischen Berberstämmen im District Benin Gilt gefallen sei und die maurischen Truppen besiegt wurden, entbehrt noch der amtlichen Bestätigung.

Von der Marine.
V Aiel, 15. Mai. Auf der kaiserlichen Werft ist man gegenwärtig mit dem Bau von zehn Schwimm-

Prinz Eugens Urtheil die besten Truppen des Heeres, waren unentbehrlich; also erließ der Herzog am 21. Januar 1696, ohne Zweifel auf Verlangen des Aurfürsten, ein gedrucktes Patent, worin er die Gräfin in seinen Staaten als Wittve des Prinzen anerkennen verbot. Er war offen genug, dabei zu sagen: die besonderen Verpflichtungen, welche er dem Aurfürsten schulde, veranlaßten ihn dazu.

Nach dem Erscheinen des Patentes ward die Gräfin aus dem Kloster entlassen. Sie ging nach Mailand unter spanischen Schutz und protestirte von dort im Februar 1696 gegen das herzogliche Patent und erklärte nochmals, das Urtheil des Papstes erwarten zu wollen. Dieses erfolgte denn auch endlich im folgenden Jahre 1697. Die Publication erlitt wiederum einigen Aufenthalt, weil der Prinz Christian Ludwig, Carls jüngerer Bruder, in Rom anwesend war und man jede Kränkung meiden wollte. Am 28. September 1697 erschien das Urtheil gedruckt; es fiel günstig für die Gräfin aus, sie wurde als rechtmäßige Markgräfin von Brandenburg ernannt. Ihr Sieg war vollständig, denn schon die erste Ehegeschichte in Ca Venaria wurde für gültig erklärt, so daß sie gerechtfertigt war, dem Prinzen in sein Haus als Gattin gefolgt zu sein.

Ihre Ehre war gerettet. Vergebens aber sind alle ihre Bemühungen gewesen, die von ihrer Seite anerkannten Rechte nun auch dem Hause Brandenburg gegenüber geltend zu machen. Bewerbungen des Prinzen Eugen, ja selbst des Kaisers Joseph I. beim brandenburgischen Hofe, um ihr eine Wittwenpension zu verschaffen, scheiterten sämmtlich. Schuld an diesem Mißerfolge war ohne Zweifel der Jörn Friedrichs I. über ihre Hartnäckigkeit, alle ihre Briefe als Markgräfin zu unterzeichnen. Sie hat dann, um auch dies noch zu erwähnen, eine Pension vom Kaiser bewilligt erhalten. Einer 12jährigen Heimathlosigkeit müde, hat sie im Jahre 1707 sich mit dem sächsischen Gefandten in Wien, einem Grafen Wackerbarth vermählt und ist nach einer 12jährigen, wie es scheint, sehr glücklichen Ehe 1719 in Dresden gestorben.

doch beschäftigt, welche vorzugsweise zum Heben von Torpedobooten benutzt werden sollen. Die einzelnen Theile dieser Docks werden von einer ausströmigen Fabrik geliefert und es erfolgt hier nur die Zusammenführung. Die Construction dieser Docks ist eine neue und eigenartige, sie zeichnen sich wesentlich dadurch aus, daß sie sich nur gering über den Wasserpiegel erheben. Einige erhalten maschinelle Einrichtungen zum Pumpen, andere nicht. Zwei dieser Docks haben dieser Tage den Seling verlassen. Nach Fertigstellung der zehn Docks werden sie, dem Vernehmen nach, auf die Werften von Kiel, Danzig und Wilhelmshaven vertheilt.

Adels-Diplome.
Bei Gelegenheit einer Besprechung der Erhebung der Herren Siemens und Neißt in den Adelsstand erinnert die „Berl. Volkszig.“ an Goethe und Schiller, wie folgt:

Es ist über ein Jahrhundert verflossen, seit der Herzog Karl August von Weimar seinem Freunde Goethe einen kaiserlichen „Adelsbrief“ erwirkte. Der Herzog dachte freilich, um das Murren seines „Adels“ darüber, daß er den Frankfurter Bürgersohn, seinen geliebten Dufrenoy, zu seinem Geheimen Rathe mit Sitz und Stimme in seinem höchsten Collegium ernannte, in einem berühmten gewordenen Rescripte niederzuschlagen. Aber er war nicht stark genug, um sie seinen eigenen Hof zwang, so auch die verwandten kleinen Höfe seiner Umgebung zu zwingen, den bürgerlichen Minister als ebenbürtig in die „adlige“ Gesellschaft des „Hofgeschmeißes“, der „heimtückischen Hofleute“, wie Goethe sie in seinen Briefen an die Stein nannte, aufzunehmen. Jahre lang wehrte sich Goethe gegen die Absicht des Herzogs, diesen Widerstand der Hofleute durch die Adlung des Dichters zu brechen. Er empfand die Demüthigung des Genius, welche in solcher sogenannten „Erhebung“ lag und welche den Dichter des Faust gleichstellte mit dem ersten Besten, der sich aus einem Schulle oder einem Meier zu einem Herrn von Schulle oder einem Herrn von Meier machen ließ. Karl August wagte es auch nicht selbst, den Dichter zu bitten, sich diese Komödie gefallen zu lassen. Seine Mutter, die Herzogin Amalie, mußte sich auf seine Bitte mit dem fauren Geschäft befaßen. Endlich gab Goethe nach. Aber er schickte den „Adelsbrief“ der Stein mit den Worten: „Ich bin so wunderbarlich gebaut, daß ich mir gar nichts dabei denken kann.“

Von dem gleichen harten Geschicke wurde zwanzig Jahre später Schiller betroffen. Herzog Carl August ertrug es nicht, daß sich einem Rohebue die Thüren der Hofgesellschaft öffneten, weil er vom „Adel“ war, während sie sich vor Schiller verschloffen. So überwand er sich denn nochmals und ließ auch für den Dichter des Tell einen „Adelsbrief“ von der Wiener Hofkanzlei ausstellen. Schillers Gattin aber, selbst von „adliger“ Geburt, schrieb: „Aus dem Diplom kann jeder sehen, daß Schiller ganz unschuldig daran ist, und dies ist es, was mich beruhigt.“ Und Schiller selbst schrieb an einen Freund: „Sie werden gelacht haben, da Sie von unserer Standeserhöhung hörten.“ Der Empfänger dieses Briefes war auch von „adliger“ Geburt, war Wilhelm v. Humboldt.

Wenn vor drei Menschenaltern edle Menschen, wie Karl August, Goethe, Schiller und seine Frau, Wilhelm v. Humboldt, ihrer Zeit so weit voraus waren, daß sie die „Standesrückichten“ derselben als „lächerlichen“ Zwang empfanden, so holte die Zeit diesen Vorprung allmählich ein, und am 10. November 1859, dem hundertjährigen Geburtstage Schillers, sprach der ehrwürdige Jakob Grimm unter dem rauschenden Beifall der Nation in der hiesigen Akademie der Wissenschaften wie folgt:

„Nicht einmal drei volle Jahre vor seinem Tode wurde Schiller der Adel zu theil, und seitdem erscheint der einfache, schon dem Wortsinn nach Glanz streuende Name durch ein sprachwidrig vorgeschobenes von verberbt. Kann denn ein Dichter geädelt werden? Man möchte es im voraus verneinen, weil der, dem die höchste Gabe des Genius verliehen ist, keiner geringeren Würde bedürfen wird, weil das Talent sich nicht wie Adel oder Arankheiten fortpflanzen; alle Welt aber glaubt es stief und fest, daß Dichter geboren werden, und hier galt es einem als König im Reiche der Gedanken waltenden. Schon 1786 hatte Bürger geungen:

Mit einem Adelsbrief muß nie der echte Sohn Minervens und Apollis begnadigt heißen sollen. Denn edel sind der Götter Söhne schon. Die muß kein Fürst erst adeln wollen,

was leicht besser und stärker ausgedrückt wäre. Dem unerbittlichen Zeitgeist erscheinen solche Erhebungen längst unedel, geschmacklos, ja ohne Sinn. Denn ist der bürgerliche Stand so beschaffen, daß aus ihm in den Adel gehoben werden mag, müßte auch aus dem Bauernstand in den des Bürgers Erhöhung gelten. Jeder Bauer kann aber Bürger, jeder Bürger Besitzer eines abligen Gutes werden, ohne daß ihnen die persönliche Würde gestiegen wäre. Ein Geschlecht soll auf seinen Stamm, wie ein Volk auf sein Aitel und seine Tugend stolz sein, das ist natürlich und recht; unrecht aber scheint, wenn ein hervorragender freier Mann zum Edeln gemacht und mit der Wurzel aus dem Boden gezogen wird, der ihn erzeugte, daß er gleichsam in andere Erde übergeht, wodurch dem Stand seines Ursprungs Beeinträchtigung und Schmach widerfährt, oder soll der freie Bürgerstand, aus dem nun einmal Goethe oder Schiller entsprangen, auflösen sie zu besitzen? Alle Beförderungen in den Adel werden ungeschehen bleiben, sobald dieser Mittelstand seinerseits stolz und entschlossen sein wird, jedesmal sie auszu-schlagen. Ein großer Dichter legt auch nothwendig seinen Vornamen ab, dessen er nicht weiter bedarf, und es ist undeutscher Stil oder gar Hohn, Friedrich von Schiller, Wolfgang von Goethe zu schreiben. Ueber solchen Dingen liegt eine jarte Eihaut des Volksgeföhls. In seine künftigen Standbilder mag nur gegraben werden: Schiller.“

Telegraphischer Specialdienst
der Danziger Zeitung.

Berlin, 16. Mai. (Privat-Tele.) Der Kaiser war heute 2 Uhr Nachmittags eine Stunde im Gartenzeit und fuhr im Pannwagen, was ihm bestens bekommen ist.

Berlin, 16. Mai. Der Kaiser arbeitete heute Vormittags mit dem General Winterfeld. Officiell wird bestätigt, daß der Kaiser Nachmittags eine einstündige Spazierfahrt im Charlottenburger Parke machte.

— Der Kronprinz wohnte heute Vormittags den Truppenübungen auf dem Tempelhofer Felde bei und folgte dann mit der Kronprinzessin einer Einladung der Majestäten zum Frühstück.

— Die Kaiserin Augusta begab sich Mittags zum Besuch des Kaisers nach Charlottenburg.

— Herrenhaus. Berathung des Gesekentwurfs, betreffend die Erleichterung der Volksschulasten. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Struckmann: Bei der Berathung des Berichts der Ansfiedelungscommission habe Roscielski hinsichtlich des Ankaufs des Gutes Mobilborjna die Vermuthung ausgesprochen, dieses Gut, welches von einem Deutschen gekauft worden, sei deswegen gekauft, weil der Vorbesitzer namens Rohrts einen nahen Verwandten in der Ansfiedelungscommission habe. Roscielski habe sich Rohrts gegenüber auf einen Gewährsmann berufen, der wolle aber von Roscielski mißverstanden sein. Thatsächlich stehe nur fest, daß Rohrts einen Verwandten in Bromberg habe, welcher Regierungsrath in der Generalcommission sei.

In der Generaldiscussio über das Volksschulastengesek erklärt Kleiß-Nehow, daß er zwar der Entlastung der Gemeinden zustimme, mit der Aufhebung des Schulgelbes aber weniger einverstanden sei, weil diese wieder zu einer Belastung der Gemeinden führe. Wenn freilich die Regierung mit Millionen an die Landesvertretung herantrete, so könne die Landesvertretung das Geld nicht zurückweisen. Diese Erwägung veranlasse ihn, für das Gesek zu stimmen. Eine Verfassungsänderung enthalte das Gesek nicht. Die vom Abgeordnetenhaus im § 4 vorgeschlagene Zweitheilung der Volksschule bedeute eine Verschlechterung der Vorlage. — Der Finanzminister erucht das Haus, selbst auf die Gefahr hin, daß das Gesek in dieser Session nicht zu Stande komme, den § 7 (Verfassungsänderung) abzulehnen. Im Falle der Ablehnung werde die Regierung in der nächsten Session mit einer erneuten Vorlage kommen, worin sie, was sie eigentlich schon wollte, für einen ersten Lehrer 600 statt 400 Mk. hoffentlich werde bewilligen können. — Bruel will, obwohl Gegner der Aufhebung des Schulgelbes, für das Gesek, aber gegen § 7 stimmen. — Graf v. Mirbach erklärt seine Zustimmung zu dem Gesek. Die Verfassungsfrage betreffend stehe er auf dem Boden des Finanzministers. — Miquel ist der Meinung, daß eine Aenderung der Verfassung in keiner Weise vorliege; er komme aber zu anderen Consequenzen, wie der Finanzminister. Wenn auch das Gesek durch den § 7 erskhwert würde, werde er doch dafür stimmen, weil das Gesek keinen materiellen Schaden nach sich ziehe. Wenn die Regierung klar und bestimmt das Gesek mit § 7 nicht annehmen zu wollen erkläre, werde er gegen den § 7 stimmen. Um seine Stellung zu dem ganzen Gesek zu charakterisiren, erkläre er, daß er keine bessere Entlastung der unteren Volksschulen wisse, als die Aufhebung des Schulgelbes. Im Interesse der Sicherung dieses wohlthätigen Gesekes bitte er für die Commissionsanträge zu stimmen. — v. Mathahn erklärt, daß er nur gegen § 7 stimmen werde, falls die Regierung mit demselben das Gesek nicht annehmen wolle.

Die Generaldiscussio wird darauf geschlossen und die §§ 1 bis 3 unverändert angenommen. In der Debatte über § 4 verichtet Minister von Bötticher auf die Wiedereinbringung des aus den Commissionsverhandlungen bekannten Antrages Struckmann, weil er die Verhandlungen nicht in die Länge ziehen wolle, hofft aber, daß die „gehobenen“ Volksschulen in der bisherigen Organisation erhalten bleiben. — Kleiß-Nehow bittet, die Beschlüsse der Commission anzunehmen. — Der Cultusminister wiederholt die in der Commission gegebene Erklärung, daß die gehobenen Volksschulen neben den Mittelschulen bestehen bleiben könnten, und bittet um Annahme der Commissionsbeschlüsse.

Der § 4 wird in der Fassung der Commission angenommen, monach eine Ausnahme von der Nichterhebung des Schulgelbes bei Volksschulen nur stattfinden soll, soweit das gegenwärtig bestehende Schulgeld durch Staatsbeitrag nicht gedeckt wird und anderenfalls eine Vermehrung der Communal-schulabgaben eintreten müßte. Die Feststellung des überhaupt noch zulässigen Schulgelbes erfolgt in Landshulen mit Genehmigung des Kreis-ausschusses, in Stadtschulen mit Genehmigung des Bezirks-ausschusses.

Die §§ 5 und 6 werden ohne Debatte unverändert angenommen. Nach einem kurzen Referat über den § 7 erklärt der Finanzminister, eine präcise Erklärung über die Stellungnahme der Regierung im Falle der Annahme des § 7 nicht geben zu können, da bisher von der Regierung noch kein dahingehender Beschluß gefaßt worden sei. Im übrigen weist der Minister noch einmal auf alle Bedenken und Gründe hin, welche gegen die Annahme des § 7 sprechen. — Dernburg sucht nachzuweisen, daß § 7 nicht durch den Sinn der Verfassung bedingt sei, daß er unannehmbar und nur geeignet sei, Mängel und Schwierigkeiten für die Zukunft hervorzurufen. — Fürst Hafffeld spricht für den § 7. Die Abgeordneten hätten in namentlicher Abstimmung den § 7 angenommen, man dürfe dem Hause nicht zumuthen, diesen Beschluß umzustößen. — Prinz Hohenlohe und Graf Udo Stolberg-Wernigerode sprechen gegen den § 7. Derselbe wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 96 gegen 25 Stimmen abgelehnt und das Gesek

(8 Apparate.)
Preis per Apparat 6.50 Mk. (ohne Perforator).
Man verlange illustrierte Cataloge und Prospekte
mit Zeugnissen über unsere neuesten Fabrikate für
Bureau-Bedarf.
Zu haben in allen Schreibwarenhandlungen
oder von
Aug. Zeiss & Co., Berlin W.

